

STATISTISCHES BUNDESAMT

Protokoll
über die 5. Tagung des Statistischen Beirats
am 25. und 26. März 1958 in Wiesbaden

Anwesende:

Präsident Dr. Furst
 (als Vorsitzender)

Statistisches Bundesamt

Wiesbaden

A. Vertreter der Bundesministerien:

P R O T O K O L L

Dr. Freiherr v. Roeder Bundesmin. f. Wirtschaft Bonn

über die

Dr. Graf v. Poser
 Weyner 5. Tagung des Statistischen Beirats

Dr. Heim Bundesmin. d. Innern

Wahl " d. Justiz

Dr. Häfner " f. Ernährung, Landw.
 und Forsten

Bantzer " " "

Dr. Galland " f. Arbeit und
 Sozialordnung

Kretschmann " f. Verteidigung

Dr. Adler " " "

P. Schmidt " f. Verkehr

Dr. Saake " " "

Müller " f. d. Post- und Fern-
 meldewesen

Arlt " " " "

Dr. Fey " f. Wohnungsbau

Bad Godesberg

Dr. Essen 25. und 26. März 1958 - Wiesbaden

schädigte

Frau Dr. Drecheler " f. gesamtdeutsche
 Fragen

Gebauer " f. Familien- und
 Jugendfragen

STATISTISCHES BUNDESAMT

Abt.I

P r o t o k o l l

über die 5. Tagung des Statistischen Beirats
am 25. und 26. März 1958 in Wiesbaden

A n w e s e n d e :

Präsident Dr. Fürst Statistisches Bundesamt Wiesbaden
(als Vorsitzender)

A. Vertreter der Bundesministerien:

Dr. Freiherr v. Roeder	Bundesmin.f. Wirtschaft	Bonn
Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner	Auswärtiges Amt	"
Dr. Heim	Bundesmin.d. Innern	"
Wahl	" d. Justiz	"
Dr. Häfner	" f. Ernährung, Landw. und Forsten	"
Bantzer	" " Baden-Württemberg	"
Dr. Galland	" f. Arbeit und Sozialordnung	"
Kretschmann	" f. Verteidigung	"
Dr. Adler	" " "	"
P. Schmidt	" f. Verkehr	"
Dr. Saake	" " "	"
Müller	" f.d. Post- und Fernmeldewesen	"
Arlt	" " " " "	"
Dr. Fey	" f. Wohnungsbau	Bad Godesberg
Dr. Essen	" f. Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	Bonn
Frau Dr. Drechsler	" f. gesamtdeutsche Fragen	"
Gebauer	" f. Familien- und Jugendfragen	"

- II -

Dr. Brandl	Bundesmin.f.Atomkernenergie und Wasserwirtschaft	Bad Godesberg
Frau Dr. Stock	" f.wirtschaftlichen Besitz des Bundes	" "
Dr. Weinhold	Deutsche Bundesbank	Frankfurt a.M.
Dr. Wingen	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln

B. Vertreter der Statistischen Landesämter:

Dr. Horn	Stat.Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Dr. Heinsohn	" " Hamburg	Hamburg
Dr. Kraus	Nieders.Amt f.Landesplanung und Statistik	Hannover
Dr. Hofmann	Stat.Landesamt Bremen	Bremen
Chandon	" " Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Dr. Lohmann	" " " "	"
Dr. Hufner	Hess.Stat.Landesamt	Wiesbaden
Dr. Nellesen	Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Dr. Schuck	" " " "	" "
Dr. Jostock	" " Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Dr. Krieger	Bayer.Stat.Landesamt	München
Dr. Götz	Stat.Amt d.Saarlandes	Saarbrücken
Katsch	Stat.Landesamt Berlin	Berlin

C. Vertreter der Verbände und Organisationen:

Dr. Mewes	Deutscher Städtetag	Braunschweig
Dr. Buhrow	" "	Köln
Hacker	Deutscher Landkreistag	Bonn
Dr. Cholewa	Deutscher Gemeindetag	Bad Godesberg
Dr. Behrens	Bundesverband der Deutschen Industrie	Köln
Prof. Dr. Herrmann	" " "	"
Dr. Degenhardt	" " "	Frankfurt a.M.
Dr. Rohmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn

- III -

Dr. Grosse	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Dr. Harting	Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e.V.	"
Sardemann	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt a.M.
Dr. Wingen	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln
Dr. Brandt	Bundesverband der freien Berufe	Düsseldorf
Prof. Dr. Gleitze	Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften	Köln
Dr. Kratzsch	" " "	"
Dr. Vogel	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft	Hamburg
Gieseler	Deutscher Beamtenbund	Bonn
Dr. Hülten	" "	"
Dr. Kalkhoff	Deutscher Bauernverband e.V.	"
Dr. Hanstein	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.	"
Dr. Grünig	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin
Dr. Bischoff	Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.	Essen

D. Statistisches Bundesamt

Abt. Z	Mengert	Abt. IV	Dr. Werner Kunz
Abt. I	Dr. Szameitat Dr. Dennukat Prof. Dr. Dr. Koller Dr. Reepschlaeger Thiel Guckes	Abt. V	Reichenbach Dr. Flöter Schweda Dr. Mustroph Dr. Schulz
Abt. II	Dr. Bartels Dr. Spilker Dr. Raabe Dr. Schörry	Abt. VI	Dr. Deneffe Dr. Keller Sobotschinski
Abt. III	Dr. Rosemann	Abt. VII	Dr. Herrmann Weyershäuser Dr. Heine
		Abt. VIII	Dr. Horstmann Birkner

als Gast: Dr. Schucht (Bundesgesundheitsamt)

C. Diskussion des Tagesordnungsbereichs

Tagesordnung

I. Zehn Jahre zentrales Statistisches Amt nach dem Krieg

1. Ziele und Leitlinien der zentralen Statistik

2. Das Programm der amtlichen Statistik - Fortschritte und Lücken

A. Unternehmen, fachliche Unternehmensteile und örtliche Einheiten als Grundlage für die statistische Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände

I. Notwendigkeit einer einheitlichen Darstellungseinheit (als "Generalnenner" neben anderen Darstellungseinheiten) aus Gründen der Vergleichbarkeit der verschiedenen Wirtschaftsstatistiken untereinander und wegen des statistischen Gesamtbildes

II. Das "Unternehmen" als einheitlicher Ausgangspunkt für das Gesamtbild

III. Können die Bedürfnisse der "funktionalen" oder "fachlichen" Analyse und die Bedürfnisse der "regionalen" Analyse mit der gleichen Darstellungseinheit befriedigt werden? (Notwendigkeit von Nachweisungen für "Unternehmen" und "örtliche Einheiten" für ausgewählte Tatbestände)

IV. Ist der Nachweis "fachlicher Unternehmensteile" unumgänglich notwendig oder reichen Nachweisungen für bestimmte Tatbestände und Vorgänge aus?

V. Schlußfolgerungen für die laufenden Statistiken

VI. Schlußfolgerungen für die kommenden Großzählungen

VII. Schlußfolgerungen für die Arbeiten an der Darstellungssystematik

B. Bericht über die Vorarbeiten zum Zählungswerk 1960

I. Allgemeine Fragen

1. Zeitliche Verteilung des Zählungswerks; Zählungstichtag

2. Zeitplan für die Vorbereitung; Rechtsgrundlage

3. Mitarbeit der Gemeinden, Zählerfragen

4. Erhebungs- und Aufbereitungspläne; Kostenfragen

II. Stand der Vorarbeiten an den einzelnen Teilen des Zählungswerks

1. Handels- und Gaststättenzensus 1958

2. Landwirtschaftliche Betriebszählung 1959

3. Volks- und Berufszählung 1960

4. Arbeitsstättenzählung 1960

IX. Mitteilungen aus der Verwaltung des Amtes

C. Diskussion des Allgemeinen Teils des Amtsberichts

I. Zehn Jahre zentrales Statistisches Amt nach dem Kriege

1. Ziele und Leitgedanken der amtlichen Statistik
2. Das Programm der amtlichen Statistik - Fortschritte und Lücken

2. Sitzungstag

3. Sachliche und regionale Forderungen an das Programm der Bundesstatistik
4. Rationalisierungsmöglichkeiten in der statistischen Arbeit
 - a) Stichprobenverfahren
 - b) Bessere Ausbildung, bessere Maschinen, bessere Arbeitstechnik
 - c) Bessere Einhaltung einmal gesetzter Termine
 - d) Überprüfung des Arbeitsschnittes
 - e) Großrechenanlagen
5. Erfahrungen mit der Beirats- und Fachausschußarbeit
6. Statistik und Öffentlichkeit
7. Stand der rechtlichen Fundierung der Bundesstatistik

II. Statistik und volkswirtschaftliche Vorausschau („Nationalbudget“)

III. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in privaten nationalen Organisationen und Ausschüssen

IV. Die Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der internationalen statistischen Arbeit

D. Berichte der Abteilungen über ihr Arbeitsgebiet

- I. Allgemeine Organisation der Statistik
- II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, allgemeine fachliche Koordinierung
- III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik
- IV. Industrie- und Handwerksstatistik
- V. Handels- und Verkehrsstatistik
- VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik
- VII. Finanz- und Steuerstatistik
- VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik
- IX. Mitteilungen aus der Verwaltung des Amtes

Wortlaut des Protokolls:

=====

vergleichen zu können, eine einheitliche Darstellungseinheit gefunden und ausgearbeitet werden wird. Gegenwärtig sei es z.B. nicht möglich, die verschiedenen Wirtschaftstatistiken, wie etwa der Umsatzsteuerstatistik, der Lohnstatistik und der Industrieberichterstattung, unter einer einheitlichen Darstellungseinheit zusammenzufassen.

1. Sitzungstag (25. März 1958)

Präsident Dr. Fürst eröffnet als Vorsitzender die Tagung und gedenkt des am 18. Mai 1957 verstorbenen Direktors Dr. Kästner und des am 20. Februar 1958 verstorbenen Professors Dr. Zwick. Beide waren bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand als Leiter Statistischer Landesämter langjährige Mitglieder des Statistischen Beirats und des Statistischen Ausschusses.

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer und unterrichtet sie über die seit der 4. Tagung im Beirat und in der Leitung der Abteilungen des Statistischen Bundesamtes eingetretenen personellen Veränderungen. Die neuen Teilnehmer werden vorgestellt.

Zur Tagesordnung, deren Hauptpunkte kurz erläutert werden, stellt der Vorsitzende fest, daß Ergänzungsvorschläge und Wortmeldungen der Beiratsmitglieder nicht vorliegen.

A. Unternehmen, fachliche Unternehmensteile und örtliche Einheiten als Grundlage für die statistische Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände

(Als Verhandlungsunterlagen waren den Teilnehmern ein Sonderabdruck aus „Wirtschaft und Statistik“, Heft 12, 1957 und ein Bericht über die Sitzung einer Arbeitsgruppe des Statistischen Beirats zur Klärung von Fragen der Darstellungseinheit und der Bereichsgliederung für das gesamte System der Wirtschaftsstatistik am 4. Februar 1958 übersandt worden; zu Beginn der Tagung wurde als weitere Unterlage ein „Bericht über die Tagung einer Expertengruppe der Konferenz Europäischer Statistiker zur Erörterung von Fragen der statistischen Einheit in Wirtschaftsstatistiken“ verteilt.)

I. Notwendigkeit einer einheitlichen Darstellungseinheit (als „Generalnenner“ neben anderen Darstellungseinheiten) aus Gründen der Vergleichbarkeit der verschiedenen Wirtschaftsstatistiken untereinander und wegen des statistischen Gesamtbildes

Einleitend behandelt der Vorsitzende den Ausgangspunkt und die besondere Bedeutung dieses Themas. Von vielen Stellen ist es wiederholt als dringend notwendig bezeichnet worden, daß für die verschiedenen Wirtschaftsstatistiken, um ihre Ergebnisse

vergleichen zu können, eine einheitliche Darstellungseinheit gefunden und zugrunde gelegt wird. Gegenwärtig sei es z.B. nicht möglich, die Ergebnisse wichtiger Statistiken, wie etwa der Umsatzsteuerstatistik, der Lohnstatistik und der Industrieberichterstattung, ohne weiteres miteinander zu vergleichen. Auch die Ausrichtung der Arbeit auf ein statistisches Gesamtbild erfordert die Verwendung einer einheitlichen Darstellungseinheit.

Im Ausland werden diese Bedürfnisse ebenfalls als dringend empfunden, wie die Tagung einer Sachverständigengruppe der Konferenz Europäischer Statistiker in Genf im März d.J. gezeigt hat. Wenn hier zum Teil andere wirtschaftliche Einheiten empfohlen worden sind, so liegt das nicht zuletzt auch an den Unterschieden im gegebenen statistischen Instrumentarium. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage der internationalen Vergleichbarkeit erörtert; sie ist als ein weiterer Gesichtspunkt bei den Überlegungen zur Darstellungseinheit zu beachten, zumindest im Hinblick auf die Bereichsabgrenzung.

Aus den ersten Diskussionsbeiträgen ergibt sich die Notwendigkeit, einige Begriffe zusätzlich zu erläutern. Die Bezeichnung „einheitlich“ für die gesuchte Darstellungseinheit darf nicht als „einzig“ oder „ausschließlich“ mißverstanden werden. Es wird lediglich ein Generalnenner gesucht, der es gestattet, die Ergebnisse verschiedener Statistiken miteinander zu vergleichen und zusammenzufassen. Außer der Einheit, die als Generalnenner anzusehen ist, können durchaus auch andere Einheiten nützlich verwendet werden. Der Ausdruck „Generalnenner“ ist im übrigen der Addition ungleichnamiger Brüche in der Mathematik entlehnt und hat nichts mit Rangunterschieden zwischen einzelnen Darstellungseinheiten zu tun. Der Begriff „statistisches Gesamtbild“, für das eine einheitliche Darstellungseinheit gefordert wird, deckt sich zwar weitgehend mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, insbesondere wenn man sie einschließlich der Input-Output-Analysen und der Vermögensrechnungen versteht. Er entspricht ihnen aber doch nicht völlig, denn zum Gesamtbild gehören z.B. auch die Beschäftigtenstatistiken.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft hält es

für erforderlich, zusammen mit dem Problem der Darstellungseinheit auch die Frage der Darstellungssystematik zu behandeln. Seitens des Statistischen Bundesamtes wird hierzu auf die Notwendigkeit verwiesen, zunächst über die Darstellungseinheit Klarheit zu schaffen. Erst dann können die Fragen der Systematik in Angriff genommen werden. Hierzu gehören insbesondere auch das Problem der Zuordnung nach dem Schwerpunkt und im Zusammenhang damit der Nachweis von Kombinationen. Weiterhin sind noch eingehende Überlegungen zur Systematik der Dienstleistungsbereiche erforderlich. Es soll hier mehr als bisher den besonderen Verhältnissen im Bereich des Staates und der „privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter“ Rechnung getragen werden. Ferner wird auch zu klären sein, ob und inwieweit die gleiche Systematik auf die verschiedenen Darstellungseinheiten angewendet werden kann.

II. Das „Unternehmen“ als einheitlicher Ausgangspunkt für das Gesamtbild

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft gibt zu bedenken, daß bei bestimmten wirtschaftlichen Vorgängen, von denen er als Beispiel die Investitionen erwähnt, die Darstellung nach Unternehmen nur ungenügende Aufschlüsse gibt. Auch der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes weist auf die Besonderheiten der verschiedenen Statistiken in diesem Zusammenhang hin. Darüber hinaus warnt er vor einer ausschließlichen Orientierung etwa nach den Bedürfnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Er führt demgegenüber Beispiele dafür an, daß sich das Sammeln statistischer Angaben auch ohne eine solche Orientierung nachträglich als nützlich erwiesen hat.

Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß die Hinweise der Vorredner offensichtlich auf Mißverständnissen beruhen. Es besteht gar nicht die Absicht, die Besonderheiten der Fragestellung bei einzelnen Statistiken zu vernachlässigen und als Darstellungseinheit nur noch das Unternehmen zu verwenden. Auch ist zuzugeben, daß nicht alle Tatbestände und Vorgänge für das Unternehmen erfragt werden sollten. Bestimmte Merkmale können andererseits nur für das Unternehmen gezeigt werden. Es wird stets also darauf ankommen, daß man sich bei jedem neuen Vorhaben genau überlegt, welche Darstellungseinheit bzw. welche

für erforderlich, zusammen mit dem Problem der Darstellungseinheit auch die Frage der Darstellungssystematik zu behandeln. Seitens des statistischen Bundesamtes wird hierzu auf die Notwendigkeit verwiesen, zunächst über die Darstellungseinheit Klarheit zu schaffen. Erst dann können die Fragen der Systematik in Angriff genommen werden. Hierzu gehören insbesondere auch das Problem der Zuordnung nach dem Schwerpunkt und im Zusammenhang damit der Nachweise von Kombinationen. Weiterhin sind noch eingehende Überlegungen zur Systematik der Dienstleistungsbereiche erforderlich. Es soll hier mehr als bisher den besonderen Verhältnissen im Bereich des Staates und der "privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter" Rechnung getragen werden. Ferner wird auch zu klären sein, ob und inwieweit die gleiche Systematik auf die verschiedenen Darstellungseinheiten angewendet werden kann.

II. Das "Unternehmen" als einheitlicher Ausgangspunkt für das Gesamtbild

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft gibt zu bedenken, daß bei bestimmten wirtschaftlichen Vorgängen, von denen er als Beispiel die Investitionen erwähnt, die Darstellung nach Unternehmen nur ungenügende Aufschlüsse gibt. Auch der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes weist auf die Besonderheiten der verschiedenen Statistiken in diesem Zusammenhang hin. Darüber hinaus warnt er vor einer ausschließlichen Orientierung etwa nach den Bedürfnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Er führt demgegenüber Beispiele an, für an, daß sich das Sammeln statistischer Angaben auch ohne eine solche Orientierung nachträglich als nützlich erweisen hat.

Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß die Hinweise der Vorsitzenden offensichtlich auf Mißverständnissen beruhen. Es besteht gar nicht die Absicht, die Besonderheiten der Fragestellung bei einzelnen Statistiken zu vernachlässigen und als Darstellungseinheit nur noch das Unternehmen zu verwenden. Auch ist zu betonen, daß nicht alle Tatbestände und Vorgänge für das Unternehmen erfaßt werden sollten. Bestimmte Merkmale können andererseits nur für das Unternehmen gezeigt werden. Es wird stets also darauf ankommen, daß man sich bei jedem neuen Vorhaben genau überlegt, welche Darstellungseinheit bzw. welche

Darstellungseinheiten für die zu erhebenden Daten zu wählen sind.

Zur Frage zusätzlicher Darstellungsmöglichkeiten äußert der Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages gewisse Bedenken, insbesondere im Hinblick auf die Bewilligung von Mitteln. Es wird befürchtet, daß sich aus finanziellen Gründen mehrere Darstellungsmöglichkeiten nicht verwirklichen lassen und daß dann Nachweisungen für regionale Zwecke vernachlässigt werden. Der Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr weist darauf hin, daß sich statistische Erhebungen auch auf Vorgänge (z.B. Transportvorgänge, Außenhandel) beziehen können, bei denen die wirtschaftende Einheit von untergeordneter Bedeutung ist. Der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie weist darauf hin, daß in vielen Fällen die tatsächlich wirtschaftende Einheit, bei der wichtige Entscheidungen liegen, der Konzern und damit eine Gruppe von Unternehmen sei. Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes schließt sich diesem Hinweis an und betont, daß manche wirtschaftlichen Vorgänge gerade für die Einheiten und Verzahnungen oberhalb der Unternehmen interessant wären und daß die Kenntnis dieser Zusammenhänge von großem Wert wäre. - Auch das Statistische Bundesamt ist der Meinung, daß Darstellungseinheiten oberhalb des Unternehmens für die Darstellung bestimmter Zusammenhänge und Vorgänge zweifellos von Bedeutung sind (Konzernstatistik). Es dürfte sich jedoch u.a. wegen der sicherlich schwierigen statistischen Erfassung kaum um Einheiten handeln, die als Generalnenner, wie er hier zur Diskussion steht, geeignet sind. Nachweisungen der Statistiken nach Unternehmen könnten aber unter Verwendung solcher Einheiten durchaus sinnvoll ergänzt werden.

- III. Können die Bedürfnisse der „funktionalen“ oder „fachlichen“ Analyse und die Bedürfnisse der „regionalen“ Analyse mit der gleichen Darstellungseinheit befriedigt werden? (Notwendigkeit von Nachweisungen für „Unternehmen“ und „örtliche Einheiten“ für ausgewählte Tatbestände)

Der Vorsitzende hebt besonders die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen fachlicher und regionaler Analyse hervor. Hierauf kommt es in erster Linie an, wenn die Frage beantwortet werden soll, welche Tatbestände für örtliche Einheiten

nachzuweisen sind. Es ist zu bedenken, daß die örtlichen Einheiten ein vielfältiges Verhältnis zur fachlichen Einheit haben. Sie können mit dem Unternehmen oder einem fachlichen Unternehmensteil zusammenfallen oder aus mehreren fachlichen Unternehmensteilen bestehen; es gibt auch Beispiele dafür, daß erst mehrere örtliche Einheiten eine fachliche Einheit bilden. Für die Befriedigung aller fachlichen Bedürfnisse kann die örtliche Einheit keine ausreichende Darstellungseinheit sein.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung stimmt dieser Auffassung zu, gibt aber auch der Befürchtung Ausdruck, daß sich daraus eine Vernachlässigung der örtlichen Einheit ergeben könnte. Ein Anzeichen hierfür wird in der Hervorhebung der Unternehmen im Gesetzentwurf über die Handels- und Gaststättenzählung gesehen.

Der Vorsitzende führt dagegen aus, daß die Benennung der Unternehmen als Auskunftspflichtige in dieser Rechtsgrundlage aus erhebungstechnischen Gründen erfolgt sei. Im Gegensatz zur Arbeitsstättenzählung ist man beim Handelszensus auf das Adressenmaterial der Umsatzsteuerstatistik angewiesen. Die Darstellung nach örtlichen Einheiten wird aber auch beim Handelszensus nicht vernachlässigt werden.

IV. Ist der Nachweis „fachlicher Unternehmensteile“ unumgänglich notwendig oder reichen Nachweisungen für bestimmte Tatbestände und Vorgänge aus?

Der Vorsitzende schlägt vor, die eingehendere Behandlung der fachlichen Unternehmensteile einschließlich des Fragenkomplexes der statistischen Nachweisung des „Funktionsbündels“ noch aufzuschieben. Soweit sich diese Probleme auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche begrenzen lassen, sollen weitere Diskussionen zunächst in den Fachausschüssen geführt werden, wie das in Bezug auf die „beteiligten“ Industriegruppen für den Fachausschuß „Industrie- und Handwerksstatistik“ gilt. Hier zeigt sich aber auch, daß die Erörterung dieser Fragen wegen des Übergreifens auf andere Wirtschaftsbereiche nicht völlig auf einzelne Fachausschüsse beschränkt bleiben darf.

V.-VII. Schlußfolgerungen für die laufenden Statistiken, für die kommenden Großzählungen und für die Arbeiten an den Darstellungssystematiken

Als wichtigste Konsequenz für das gesamte statistische Arbeits-

programm ergibt sich aus der Diskussion die Notwendigkeit, der Frage der Darstellungseinheit mehr Beachtung zu schenken und dabei die verschiedenen Möglichkeiten und Bedürfnisse, auch die des statistischen Gesamtbildes, zu berücksichtigen.

Das gilt auch für das laufende Programm. Die geplante Sonderaufbereitung des produktionsstatistischen Materials für 1954, bei der die Produktionsdaten der einzelnen Waren nach Unternehmen geschlüsselt und für Industriegruppen, die aus Unternehmen zusammengesetzt sind, aufgerechnet werden, bietet hier ein Beispiel dafür, daß sich aus den vorhandenen statistischen Unterlagen, also ohne die Kosten einer neuen Erhebung, auch andere als die ursprünglich beabsichtigten Darstellungsmöglichkeiten verwirklichen lassen.

Bei den bevorstehenden Großzählungen in der gewerblichen Wirtschaft, nämlich der Handels- und Gaststättenzählung und der Arbeitsstättenzählung, ist ein Nachweis der Ergebnisse sowohl nach Unternehmen als auch nach örtlichen Einheiten vorgesehen. Eine Darstellung nach fachlichen Einheiten ist wegen der damit verbundenen erhebungstechnischen und methodischen Problematik nicht beabsichtigt. Auch mit den vom Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels angeregten Ermittlungen über das gegenseitige Eindringen der einzelnen Wirtschaftsstufen und -bereiche sollten diese Zählungen nicht belastet werden. Für solche Nachweisungen dürften andere Erhebungen in den einzelnen Bereichen, wie z.B. die Jahreserhebung in der Industrie, besser geeignet sein.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft äußert sich nochmals grundsätzlich zur Frage der verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten. Er bittet darum, bei allen Erhebungen auch die Verwendung der kleineren Erhebungs- und Darstellungseinheiten zu erwägen, damit auch andere als die ursprünglich gesetzten Zwecke verfolgt werden können. Es wird bedauert, daß die Nettoleistungserhebung 1954 nur auf Unternehmen ausgerichtet war und nicht auch die Darstellung nach Unternehmensteilen ermöglichte. Der Vorsitzende erinnert daran, daß hierüber gesprochen worden ist. Eine Aufteilung auf fachliche Einheiten setzt voraus, daß der Wareneingang entsprechend aufgegliedert erfragt wird. Es ist zweifelhaft, ob sich eine solche Frage-

stellung hätte durchsetzen können. Immerhin sollte man in Zukunft an diese Möglichkeit denken.

Die Schlußfolgerungen für die Darstellungssystematik wird das Statistische Bundesamt in einer Unterlage für den Fachausschuß „Betriebs- und Warensystematiken“ behandeln. Für die Beratung in diesem Ausschuß sollten Sachverständige auch für die einzelnen Teilbereiche der Wirtschaft hinzugezogen werden. Das Ziel muß die Verfeinerung und Ergänzung des Systematischen Verzeichnisses der Arbeitsstätten, Ausgabe 1950, sein. (Die wichtigsten der hierbei zu beachtenden Probleme sind bereits unter Punkt A I des Protokolls dargestellt worden.) Es ist jedoch nicht zu befürchten, daß diese Reform den Anschluß an die Arbeitsstätten-systematik 1950 und den Vergleich mit anderen systematischen Verzeichnissen in stärkerem Maße beeinträchtigen wird.

B. Bericht über die Vorarbeiten zum Zählungswerk 1960

(Als Verhandlungsunterlage für diesen und den folgenden Teil der Tagesordnung war der „Bericht über die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Jahre 1957“ versandt worden.)

I. Allgemeine Fragen

Gegenüber der im Amtsbericht dargestellten zeitlichen Verteilung des Zählungswerks hat sich in der Zwischenzeit ergeben, daß die Haupterhebung der Handels- und Gaststättenzählung möglicherweise nicht im Herbst 1958 durchgeführt werden kann. Zur Lösung der sich daraus für das gesamte Zählungswerk ergebenden terminlichen Schwierigkeiten bieten sich grundsätzlich zwei Möglichkeiten an. Einmal könnte versucht werden, daß durch

1. einen scharf kalkulierten Zeitplan, der dann auch von allen Seiten genau eingehalten werden muß, und durch Änderungen im Aufbereitungsplan, etwa durch die Herausnahme eines Zählungsteils aus der Lochkartenaufbereitung, die Durchführung des Handelszensus zusammen mit der Landwirtschaftlichen Betriebszählung im Jahre 1959 ermöglicht wird. Ein anderer Weg wäre die Verschiebung eines Zählungsteils, u.U. auf das Jahr 1961.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß man bei der Wahl zwischen diesen Möglichkeiten nicht ganz frei sei. Es muß vor

allem auch an die Dringlichkeit des Bedarfes an den Ergebnissen gedacht werden. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß Bilanzdaten für das Berichtsjahr nicht in einem zu frühen Zeitpunkt erfragt werden können.

Unter dem Gesichtspunkt der Mitarbeit der Gemeinden und des Zählereinsatzes bitten die ~~Vertreter~~ des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städtetages darauf bedacht zu sein, daß das Frageprogramm der Volks- und Berufszählung 1960 nicht zu umfangreich gehalten ist und daß Fragen, die zu weit in den persönlichen Bereich eindringen, nach Möglichkeit vermieden werden. Gerade im Interesse des Erfolges dürften weder Zähler noch Befragte überfordert werden. Bei Landgemeinden sei außerdem zu berücksichtigen, daß die der Bevölkerung zumeist bekannten Zähler bei bestimmten Merkmalen wohl kaum zutreffende Angaben erhalten werden.

Seitens des Statistischen Bundesamtes wird entgegengehalten, daß an einigen der beanstandeten Merkmale ein dringendes öffentliches Bedürfnis besteht und daß die Ausweitung der Liste der total zu erfassenden Erhebungsmerkmale teils auf regionalstatistische Anforderungen, teils aber auch auf Wünsche nach tiefergehender sachlicher Gliederung zurückgeht. Im übrigen handelt es sich bei den betreffenden Merkmalen um nichts Neues und die ersten Erfahrungen mit dem Mikrozensus bieten im großen und ganzen keine Bestätigung der geäußerten Befürchtungen.

(Unter diesem Punkt behandelte Fragen einzelner Zählungsteile werden im folgenden Abschnitt des Protokolls wiedergegeben.)

II. Stand der Vorarbeiten an den einzelnen Teilen des Zählungswerks

1. Handels- und Gaststättenzählung 1958

Die bei der weiteren Vorbereitung des Handelszensus aufgetretenen (und unter B I des Protokolls angedeuteten) Schwierigkeiten betreffen die Frage der Einbeziehung des Schaustellergewerbes, das Problem der Abgrenzung bzw. Überschneidung mit dem Handwerk, die Auszeichnung des Anschriftenmaterials nach Größenklassen und die mit dem Entwurf der Rechtsgrundlage zusammenhängenden Fragen. Die größten Sorgen, insbesondere im Hinblick auf den Zeitpunkt der Haupterhebung, bereitet die

weitere Behandlung des Gesetzentwurfs. Gegen die Verbindung der Anordnung der einmaligen Handelszählung mit der Regelung laufender Statistiken in einem Gesetz, insbesondere aber gegen die neue laufende repräsentative Umsatzstatistik im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sind seitens des Bundesministeriums der Finanzen Einwände erhoben worden. Sollten sie durch Verhandlungen nicht beseitigt werden können, müßten die laufenden Statistiken aus dem Gesetzentwurf herausgenommen und getrennt den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet werden. Hierbei und in Bezug auf die noch offenen Fragen des Programms ist besondere Eile geboten, da die Sommerpause des Bundestages in diesem Jahr möglicherweise schon Ende Mai beginnen wird und daher die Beratung der Rechtsgrundlage im Bundeskabinett und im ersten Durchgang im Bundesrat rechtzeitig abgeschlossen sein muß. Die Vertreter des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums für Wirtschaft und der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels sagen ihre Unterstützung bei der Beschleunigung des weiteren Verfahrens zu.

Sollte das Handelszensusgesetz vor den Parlamentsferien nicht mehr verkündet werden können, so ist es nach übereinstimmender Auffassung der Beteiligten nicht möglich, die Haupterhebung noch in diesem Jahre durchzuführen. In diesem Fall soll die Erhebung nach dem Vorschlag des Statistischen Bundesamtes in den Monaten Februar/März 1959 stattfinden. Für die Jahresangaben käme dann wahrscheinlich das Berichtsjahr 1958 in Frage. Der zweite Teil der Zählung, die repräsentative Zusatzerhebung, soll auch dann ein halbes Jahr später durchgeführt werden.

Zur Frage der Umsatzschnellstatistik im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wird seitens des Statistischen Bundesamtes darauf aufmerksam gemacht, daß diese Statistik neben der Entwicklung der Umsätze für Verpflegung und Beherbergung in den Fremdenverkehrsgebieten und nach Betriebstypen (Ein- und Zweisaisonbetriebe) auch die starken saisonalen Schwankungen unterworfenen Beschäftigungsentwicklung darstellen soll; insofern ist sie auch für die Gaststättenzählung im Rahmen des Handelszensus von Bedeutung, da der Saisoncharakter des Zählungstichtags nur auf Grund der Ergebnisse der laufenden Umsatz- und Beschäftigungsstatistik eliminiert werden kann.

Die Beschaffung von Anschriften der Unternehmen mit Angabe der Gewerbe-Kennziffer (aus der Umsatzsteuerkartei der Finanzämter) dürfte gesichert sein. Die Forderung auf Angabe der Steuernummern jedoch, mit deren Hilfe die Adremaanschriften nach Umsatzgrößenklassen vorsigniert werden sollen, stößt auf große Schwierigkeiten, die auch den glatten Durchgang des Gesetzentwurfs im Parlament gefährden könnten. Es wird deshalb evtl. auf die Kennzeichnung der Adremaanschriften nach Umsatzgrößenklassen verzichtet und somit nicht möglich sein, Fragebogen unterschiedlichen Umfangs an die Unternehmen unter und über einer bestimmten Umsatzgrenze zu versenden. Es wird von Teilnehmern, besonders vom Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, lebhaft bedauert, daß auf die Vorteile des differenzierten Erhebungsverfahrens verzichtet werden muß. Das Statistische Bundesamt teilt hierzu aber mit, daß der einheitliche neue Grundfragebogen in seinem Umfang nur wenig über den ursprünglich für Kleinunternehmen vorgesehenen Erhebungsbogen hinausgehen wird.

Das Statistische Bundesamt berichtet ferner, daß zwar die offenen Verkaufsstellen der Industrie, die sich fast ausschließlich als Filialbetriebe, also als örtliche Einheiten, institutionell darstellen, in den Handelszensus einbezogen werden sollen, wozu allerdings die Adressen besonders gesammelt werden müssen; die lediglich funktionell betriebene Handelstätigkeit, wie beispielsweise der Direktabsatz der Industrie in Form des Versandhandels, kann jedoch nicht erfaßt werden. Die Erfassung dieser Handelsfunktionen industrieller Unternehmen muß einer Zusatz- oder Jahreserhebung im Rahmen der Industrieberichterstattung vorbehalten bleiben.

2. Landwirtschaftliche Betriebszählung 1959

An neueren Ergebnissen in der weiteren Gestaltung des Erhebungsprogramms erwähnt das Statistische Bundesamt die Anordnung der ursprünglich als Teil der Landwirtschaftlichen Betriebszählung vorgesehenen Weinbaubetriebserhebung bereits für das Jahr 1958. Ob die geplante Forsterhebung im Rahmen der Zählung durchgeführt wird, hängt von der z.Z. noch nicht entschiedenen Frage einer Verbindung mit der Einheitsbewertung der Forstbetriebe ab.

Die Anbauflächen unter 0,6 ha sollen wie 1949/50 nicht im Rahmen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung, sondern durch die Haushaltsliste der Volkszählung erfaßt werden.

Das Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm der Zählung konnte weitgehend festgelegt werden. Ein größerer Rückstand besteht nur noch bei den betriebswirtschaftlichen Tabellen. Hier sollen insbesondere noch neuere Überlegungen zur Erfassung und Darstellung des Mechanisierungsgrades der Betriebe berücksichtigt werden.

Es ist von besonderer Wichtigkeit, daß die als Teil der Landwirtschaftlichen Betriebszählung durchzuführende Arbeitskräfteerhebung im System mit der laufenden repräsentativen Statistik der Landarbeitskräfte übereinstimmt. Der Leiter des Statistischen Amtes des Saarlandes bittet um Prüfung der Frage, ob für die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe nicht ein kürzeres und einfacheres Frageprogramm zur Erfassung der Arbeitskräfte im Hauptteil der Zählung angewendet werden könnte. Die vorliegende Fassung dieses Teils des Erhebungsbogens würde die Befragung der kleineren Betriebe zu stark belasten.

In diesem Zusammenhange berichtet der Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Beratung des Verordnungsentwurfs über die repräsentative Statistik der Landarbeitskräfte in den Ausschüssen des Bundesrats und bittet die Leiter der Statistischen Landesämter um Unterrichtung ihrer Dienstaufsichtsbehörden über den Sachverhalt, vor allem über die Notwendigkeit der monatlichen Befragung. Der Vertreter des Bundesministeriums des Innern schließt sich dieser Bitte an und weist mit Nachdruck darauf hin, daß hinsichtlich der Zuständigkeit der mit der Vorbereitung von statistischen Rechtsgrundlagen befaßten Stellen zwischen fachlich-methodischen Fragen und der Aufgabe, die politische Notwendigkeit der einzelnen Vorhaben zu beurteilen, in konsequenter Weise unterschieden werden muß.

Zum Programm der Landwirtschaftlichen Betriebszählung weist der Vorsitzende auf die Notwendigkeit hin, die Verhandlungen über die noch offenen Fragen möglichst bald zum Abschluß zu bringen. Das Ergebnis der im Statistischen Bundesamt durchgeführten Kostenkalkulation soll in Kürze mit den Statistischen

Landesämtern abgestimmt werden. Der weitere Gang der vorparlamentarischen und parlamentarischen Behandlung der Rechtsgrundlage wird nach einer Mitteilung des Vertreters des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Verkündung des Gesetzes voraussichtlich im Spätherbst dieses Jahres ermöglichen.

3. Volks- und Berufszählung 1960

Das Statistische Bundesamt berichtet ergänzend, daß nunmehr eine „Vorläufige Übersicht über die Erhebungs- und Aufbereitungsmerkmale“ vorliegt. Zu der von einigen Teilnehmern geäußerten Kritik an den über das Frageprogramm 1950 hinausgehenden Merkmalen wird mitgeteilt, daß sich das Statistische Bundesamt bereits um Streichungen bemüht hat. Die ursprünglich vorgesehenen Feststellungen über den Zuzug in die jetzige Wohngemeinde erscheinen nicht mehr in der vorläufigen Liste der Merkmale. Auch die Fragestellung nach dem Nebenberuf wird vereinfacht werden können. In anderen Fällen mußte aber die von den Konsumenten gegebene Begründung als entscheidend anerkannt werden.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung nimmt nochmals zu dem Merkmal der Körperbehinderung Stellung. Wenn es auch im Jahre 1950 mit sehr schlechtem Ergebnis erhoben wurde, so dürfte sich der damalige Mißerfolg kaum wiederholen, da bei der bevorstehenden Zählung nur nach den amtlich anerkannten Körperbehinderten gefragt werden soll. An der Ermittlung der Körperbehinderten besteht ein dringendes praktisches Interesse, das auf anderem Wege nicht wahrgenommen werden kann.

Die Fragen nach dem Weg zur Arbeitsstätte sollen, wie der Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr ausführt, zur Lösung der lokalen Verkehrsprobleme beitragen. Wegen der kleinen regionalen Einheiten, um die es sich dabei handelt, konnten über den Mikrozensus keine ausreichenden Ergebnisse erwartet werden. Der Vertreter des Deutschen Städtetages unterstreicht die Bedeutung dieser Feststellungen.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte weist darauf hin, daß das Merkmal

"Zugewanderte" im Zählungsprogramm noch fehle. Er beantragt außerdem die Aufnahme von Fragen an ehemalige Kriegsgefangene, Verschleppte und Zivilinternierte und bezieht sich damit auf einen im Zusammenhang mit dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz gefaßten Beschluß des Bundestages aus dem Jahre 1953. Es sollen dabei das Jahr der Rückkehr und das Gewahrsamsland erfragt werden; ein Informationsinteresse des Auftraggebers besteht aber nur an den Heimkehrern der Jahre 1945/46. Der Vorsitzende bittet zu überlegen, ob es im Verhältnis zu dem verfolgten Zweck nicht doch zu kostspielig und umständlich ist, wenn diese Fragen im Rahmen einer Volkszählung gestellt werden.

Die vorgetragenen zusätzlichen Konsumentenwünsche nimmt der Leiter des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein zum Anlaß, im Namen der Leiter der Statistischen Landesämter die Frage der repräsentativen Durchführung eines Teiles des Zählungsprogramms aufzuwerfen. Die Zahl der zu erhebenden Tatbestände ist so groß geworden, daß zur Entlastung der Erhebung und Aufbereitung und aus finanziellen Gründen teilweise das Stichprobenverfahren angewandt werden sollte. Es wird ange-regt, daß alle für die Zählung vorgesehenen Merkmale daraufhin überprüft werden.

Der Vorsitzende begrüßt diesen Vorschlag und teilt mit, daß im Statistischen Bundesamt bereits entsprechende Untersuchungen angestellt werden. Weitere Überlegungen, insbesondere zum Aussagewert repräsentativ gewonnener Ergebnisse, sind noch anzustellen. Zur Frage der Ausweitung des Frageprogramms bedauert der Vorsitzende, daß es kein Gremium gibt, das bei der Wahl zwischen mehreren zusätzlichen Konsumentenwünschen entscheiden könnte. Der Vertreter des Bundesministeriums des Innern weist auf die Zuständigkeit des Bundeskabinetts für solche Entscheidungen hin, für die in den Ressortbesprechungen die erforderlichen Vorklärungen zu treffen sind. Sache der Bundesregierung ist es auch, den gesetzgebenden Körperschaften Vorschläge über Erleichterungen in der Frage der Kostenregelung zu unterbreiten.

Ob mit der Volks- und Berufszählung 1960 eine Wohnungszählung verbunden werden soll, ist noch nicht endgültig entschieden.

Da die letzte Erfassung erst im Jahre 1956 stattfand und außerdem durch das Gesetz im zweijährigen Turnus durchzuführende 1 vH-Erhebungen angeordnet sind, dürfte auf eine eigentliche Wohnungszählung in der bisherigen Form verzichtet werden können. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wohnungsbau ist jedoch an der Feststellung einiger Tatbestände interessiert, die mit einer 1 vH-Stichprobe nicht ausreichend erfaßt werden können. Es handelt sich dabei um Notwohnungen und sonstige Unterkünfte sowie um wohnumwürdige Wohnungen. Die Kenntnis von Zahl und Streuung dieser Wohnungen ist für die Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Wohnverhältnisse von großer Bedeutung. Es wird gebeten zu prüfen, in welcher Weise entsprechende Fragen im Rahmen der Zählung 1960 gestellt werden können. In diesem Zusammenhang dankt der Vertreter des Bundesministeriums für Wohnungsbau den statistischen Ämtern für die Bemühungen um eine kurzfristige Aufbereitung der Totalerhebung 1956, deren Bundesergebnisse bereits nach einem Jahr vorlagen.

4. Arbeitsstättenzählung 1960

Das Statistische Bundesamt gibt eine zusammenfassende Darstellung zum Frageprogramm und teilt mit, daß die Tabellenentwürfe in Kürze fertiggestellt sein werden. Dringlich ist eine Klärung der z.Z. noch weitgehend offenen Frage der regionalstatistischen Anforderungen, da diese für die Kalkulation der Kosten wichtig ist.

Auch zum Fragebogen bedarf es noch einiger Klärungen. Im vorliegenden Entwurf sind bei den Beschäftigten auf Wunsch des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung nur die Angestellten ausgegliedert. Die Zusammenfassung aller anderen Arbeitnehmer in einem Restposten ist wenig befriedigend, vor allem auch in Bezug auf die psychologische Wirkung. Welche endgültige Formulierung für die mit Rücksicht auf eine Anschlußerhebung (Verkehrszensus 1961) vorgesehene Frage nach den Transportmitteln zu wählen ist, soll noch besprochen werden.

Die Frage nach der Rechtsform soll außerhalb des Unternehmensbereiches nicht gestellt werden. Es ist nicht vorgesehen, für Behörden usw. eine dem Unternehmen ähnliche Darstellungseinheit zu bilden. Die Darstellung nach örtlichen Einheiten

soll genügen, selbst wenn diese Darstellungseinheit hinsichtlich der Zahl der Arbeitsstätten nur einen geringen Aussagewert besitzt (Beispiel: Arbeitsstätten einer Stadtverwaltung). Es soll deshalb im Tabellenprogramm für diese Bereiche auch nicht nach Größenklassen gegliedert werden. Der Vorsitzende bezeichnet die vom Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung wiederholten Befürchtungen, daß die Überarbeitung der Arbeitsstättensystematik den Vergleich mit 1950 unmöglich macht, als unbegründet und weist nochmals auf die verhältnismäßig engen Grenzen hin, in denen diese Überarbeitung vorgenommen wird.
 essen Zahlen, deren Erhebungsorganisatorisches und methodisches Zustandekommen nicht leicht geprüft werden kann, allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Dies be-

C. Diskussion des Allgemeinen Teils des Amtsberichts

I. Zehn Jahre zentrales Statistisches Amt nach dem Kriege

1.u.2. Ziele und Leitgedanken der amtlichen Statistik; das Programm der amtlichen Statistik - Fortschritte und Lücken

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft bezieht sich auf den Hinweis im Amtsbericht, daß ausreichende statistische Unterlagen über die Investitionen nicht vorliegen. Er weist darauf hin, daß Material hierüber beim Ifo-Institut zur Verfügung stünde und fragt, ob nicht in solchen Fällen auch wirtschaftswissenschaftliche Institute mit dem Schließen einer Lücke des amtlichen statistischen Materials beauftragt werden könnten. Die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie unterstützen diese Anregung.
 amtlichen Statistik sowohl sachliche als

Der Vorsitzende und der Vertreter des Bundesministeriums des Innern stellen fest, daß es sich hier um die grundsätzliche Frage handelt, ob trotz der eindeutigen Bestimmungen über die Statistik für Bundeszwecke eine Statistik, die der Bund für seine Zwecke benötigt, von einem wirtschaftswissenschaftlichen Institut durchgeführt werden könnte. Diese Frage muß verneint werden, da nach § 2 des Statistischen Gesetzes die Zuständigkeit für die Statistiken für Bundeszwecke dem Statistischen Bundesamt übertragen worden ist und da auch die anderen Bestimmungen des Gesetzes (z.B. Vorschriften über die Anordnung, über Auskunftspflicht und Geheimhaltung) bei allen Bundessta-
 Zudem im Bericht des Statistischen Bundesamtes be-

tistiken im Interesse der Einheitlichkeit und des amtlichen Charakters eingehalten werden müssen. Die Durchbrechung dieses Grundsatzes würde bedeuten, daß die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Bundesstatistik verloren ginge und die vom Gesetzgeber festgelegten Grundsätze umgangen und damit ausgehöhlt werden könnten. Sachlich ist auch zu bedenken, daß den Ergebnissen eines privaten Instituts wohl immer nur ein begrenzter Aussagewert zugemessen werden kann, weil die Feststellungen hier nicht auf Grund von Rechtsgrundlagen und einer Auskunftspflicht der Befragten getroffen werden können. Es ist auch kaum möglich, diesen Zahlen, deren erhebungsorganisatorisches und methodisches Zustandekommen nicht leicht geprüft werden kann, allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Dies bedeutet naturgemäß nicht, daß Institute, Verbände und andere private Stellen nicht für ihre Zwecke Feststellungen treffen und entsprechend verwerten können und daß von diesen Stellen bei solchen Arbeiten durchaus nicht auch „Pionierarbeit“ geleistet worden ist.

um die Rationalisierung der Industriestatistik wieder aufgenommen werden. Der Vorschlag wird dem Statistischen Bundesamt geprüft und in dem zuständigen Ausschuss bes.

2. Sitzungstag (26. März 1958)

3. Sachliche und regionale Forderungen an das Programm der Bundesstatistik

Der Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz bezieht sich auf die Darstellung im Bericht des Statistischen Bundesamtes und gibt zu bedenken, daß auch bei einer zentralen Organisation der amtlichen Statistik sowohl sachliche als auch regionale Anforderungen an das statistische Programm gestellt werden müßten. Auch der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft äußert sich in diesem Sinne und betont das Interesse des Bundes auch an den regionalen Ergebnissen der Statistik.

Der Vorsitzende stimmt den Vorrednern zu, weist aber auch darauf hin, daß es in manchen Fällen vom Gesamtinteresse und von den Kosten her notwendig ist, die sachlichen Forderungen stärker als die regionalen Wünsche zu berücksichtigen.

4. Rationalisierungsmöglichkeiten in der statistischen Arbeit

Zu dem im Bericht des Statistischen Bundesamtes behandelten

Problem der Nichterfassung der Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten im monatlichen Industriericht („abgehackte Füße“) schlägt der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes im Namen aller Statistischen Landesämter Besprechungen vor, in denen die Frage geprüft werden soll, in welcher Weise das gegenwärtige Verfahren verbessert werden kann. Es ist daran gedacht, die Beschäftigtengrenze zu erhöhen und die darunter liegenden Betriebe in einer Stichprobe zu befragen. Auf diese Weise wäre es möglich, die Kosten der Industrierichterstattung wesentlich einzuschränken und auf der anderen Seite auch die Kleinbetriebe, allerdings repräsentativ, in die laufende Industriestatistik einzubeziehen. Sowohl die neue Beschäftigtengrenze als auch die Stichprobenquote müßten nach Industriezweigen bzw. -gruppen differenziert werden. Allerdings müßten dann die Jahreserhebungen evtl. etwas umfangreicher werden, damit die regionalen Wünsche berücksichtigt werden können. Der Vorsitzende begrüßt diese Anregung, mit der frühere Bemühungen um die Rationalisierung der Industriestatistik wieder aufgenommen werden. Der Vorschlag wird vom Statistischen Bundesamt geprüft und in dem zuständigen Fachauschuß besprochen werden.

Zur Frage der vom Statistischen Bundesamt aufgezeigten Terminverzögerungen bei der Ablieferung der Ländertabellen weisen die Leiter der Statistischen Landesämter darauf hin, daß die Gründe hierfür nicht nur bei den Statistischen Landesämtern gesucht werden dürfen. Bei den in der Aufstellung des Statistischen Bundesamtes enthaltenen Steuerstatistiken sind die Terminüberschreitungen vor allem auf die zu späte Anlieferung des Materials seitens der Finanzverwaltungen zurückzuführen. Eine pünktliche Termineinhaltung setzt auch voraus, daß sich die Auftraggeber über die Rangfolge der einzelnen Vorhaben rechtzeitig einigen und daß realistische, zu große Häufungen vermeidende Terminpläne aufgestellt werden. Weiter ist es erforderlich, daß die Klärung des Programms rechtzeitig erfolgt und nach dem Anlaufen der Arbeiten keine zusätzlichen Wünsche geltend gemacht werden.

Der Vorsitzende führt hierzu aus, daß es nicht beabsichtigt war, die Statistischen Landesämter allein und in allen Fällen

für die Terminverzögerungen verantwortlich zu machen. Die von den Leitern der Statistischen Landesämter angegebenen Gründe sind in dem Bericht des Statistischen Bundesamtes zum größten Teil bereits berücksichtigt worden. Es trifft ferner zu, daß auch seitens des Statistischen Bundesamtes zur Verbesserung der Termineinhaltung beigetragen werden kann. Den Statistischen Landesämtern sollte vielmehr durch die Behandlung im größeren Kreis und durch die Veröffentlichung gegenüber den an der Bundesstatistik beteiligten Stellen geholfen werden. Wenn sich gezeigt hat, wie der Leiter eines Statistischen Landesamtes zu bedenken gibt, daß die Arbeit in den Statistischen Landesämtern zehn Jahre lang reibungslos abgewickelt werden konnte und erst durch die Häufung von statistischen Vorhaben in der letzten Zeit Schwierigkeiten entstanden sind, dann müssen neue Wege gefunden werden, um die gestiegenen Anforderungen des Gesetzgebers erfüllen zu können.

Es wird um Beachtung des Grundsatzes gebeten, daß die laufenden Arbeiten den Vorrang haben müssen. Dazu gehören aber auch Statistiken und Aufbereitungsarbeiten mit jährlicher Periodizität. Hier ist besonders die Umsatzsteuerstatistik zu nennen, deren Ergebnisse u.a. eine der wichtigsten Grundlagen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen darstellen. Für die unregelmäßigen Statistiken müßten rechtzeitig Mittel und Wege gefunden werden, um sie ohne eine Beeinträchtigung der laufenden Statistiken zusätzlich bearbeiten zu können. Bei Großzählungen sei das seit jeher selbstverständlich, aber es müßte auch bei den kleineren einmaligen Vorhaben ausreichende Vorsorge getroffen werden.

Die größten Schwierigkeiten ergeben sich im allgemeinen bei der Maschinellen Aufbereitung, da hier die Arbeiten für die verschiedenen Statistiken zusammentreffen. Es wird versucht werden, künftig durch rechtzeitige Aufstellung von Zeitplänen, an die sich dann allerdings sowohl die Ressorts als auch alle Statistischen Ämter gebunden fühlen müssen, die bisherigen Schwierigkeiten zu überwinden.

Zu den Fragen, die mit der Überprüfung des Arbeitsschnitts zusammenhängen, erklärt der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes im Namen aller Statistischen Landesämter die Be-

6. reitschaft, das in den Ländern vorhandene Urmaterial im Bedarfsfall für nachträgliche Aufbereitungsgänge und Sonderuntersuchungen an das Statistische Bundesamt abzugeben, wie dies bisher auch schon teilweise geschehen ist. Es besteht auch durchaus die Bereitwilligkeit, in einzelnen Fällen zu prüfen, ob durch eine Verlagerung des Arbeitsschnitts Rationalisierungserfolge erzielt werden können. Allerdings soll hierdurch die grundsätzliche Aufgabenverteilung zwischen Bundesamt und Landesämtern nicht geändert werden.

5. Erfahrungen mit der Beirats- und Fachausschußarbeit

Von einigen Teilnehmern wird vorgeschlagen, den Statistischen Beirat in stärkerem Maße als bisher zur Erörterung von umfangreicheren Querschnittsaufgaben und auch von größeren Einzelvorhaben heranzuziehen. Außer einer entsprechenden Anregung des Vertreters des Deutschen Gewerkschaftsbundes (in anderem Zusammenhange vorgetragen) äußern sich auch die Vertreter einiger Bundesministerien in diesem Sinne. Der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung bittet zu prüfen, ob nicht einige wichtige Sonderfragen der bevorstehenden Großzählungen, wie das Problem der sozio-ökonomischen Gliederung und die Umstellung der Arbeitsstättenstatistik, auf einer Sondertagung des Beirats behandelt werden sollten. Der Vorsitzende dankt für die Anregungen, bemerkt aber zu den vorgeschlagenen Themen, daß sie, nachdem auf der 4. Tagung des Statistischen Beirats die Grundkonzeption des Zählungswerks 1960 diskutiert worden ist, in den zuständigen Fachausschüssen behandelt werden sollten. Soweit wichtige Punkte anstehen, die über das Aufgabengebiet einzelner Fachausschüsse hinausgehen, sollte eine Beiratstagung anberaumt werden, auf der nichtinteressierte Mitglieder ja nicht anwesend zu sein brauchen. Die Einberufung von Arbeitskreisen in solchen Fällen hat sich in der Praxis als nicht zweckmäßig erwiesen, weil bei der Einladung der Kreis der Interessenten nicht immer richtig übersehen werden kann. Der Erfolg solcher Sondertagungen des Statistischen Beirats hängt allerdings davon ab, daß die durch das betreffende Thema unmittelbar berührten Mitglieder auch tatsächlich erscheinen.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte regt zur Frage der Weiterentwick-

6. Statistik und Öffentlichkeit

Der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung stellt die Frage, ob es dem Statistischen Bundesamt möglich wäre, bestimmte Themen gemeinsam mit wirtschaftswissenschaftlichen Instituten zu bearbeiten und mit ihnen zusammen als Gemeinschaftsarbeit herauszubringen. Zur Begründung wird darauf hingewiesen, daß das Statistische Bundesamt über das Material, aber nicht über die Zeit für solche Arbeiten verfüge. Beide Teile könnten sich daher gut ergänzen. Den Instituten würde es dadurch außerdem ermöglicht, Erhebungsergebnisse anstelle von nur geschätzten Zahlen zu verwenden. Der Vorsitzende bedauert, auf diesen Vorschlag nicht eingehen zu können. Es ist dem Statistischen Bundesamt nicht möglich, unveröffentlichte Zahlen herauszugeben. Veröffentlichte Ergebnisse sind den Instituten aber ohnehin zugänglich.

Der Vorsitzende nimmt in diesem Zusammenhange zu der wiederholt aufgeworfenen Frage nach zusammenfassenden Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes Stellung. Das Amt ist gehalten, die Ergebnisse der einzelnen Statistiken als solche sofort zu veröffentlichen. Nur dafür werden ihm - und zwar auch noch sehr knapp bemessen - Haushaltsmittel bewilligt. So viel Verständnis für solche Wünsche vorhanden ist, so beschränkt sind doch die Möglichkeiten, ihnen Rechnung zu tragen und die bereits veröffentlichten Ergebnisse der einzelnen Statistiken noch einmal nach bestimmten größeren Bereichen oder für zusammenhängende Fragenkomplexe zusammenzustellen und neu herauszubringen.

Eine andere Frage betrifft den Nachdruck und die sonstige Wiedergabe von Zahlen aus den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes. Es ist in zahlreichen Fällen, darunter auch bei Bundesstellen und wissenschaftlichen Instituten, festgestellt worden, daß hierbei keine Quellenangaben gemacht werden. Das Statistische Bundesamt hat nicht nur aus Gründen des allgemeinen Urheberrechtsschutzes ein Interesse daran, daß bei der Wiedergabe seiner Zahlen auch deren Herkunft mitgeteilt wird.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte regt zur Frage der Weiterentwick-

lung des Veröffentlichungsprogramms des Statistischen Bundesamtes an, daß sich die Beiratsmitglieder beim Bundesministerium des Innern für eine Erhöhung der entsprechenden Haushaltsmittel einsetzen.

II. Statistik der volkswirtschaftlichen Vorausschau („Nationalbudget“)

III. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in privaten nationalen Organisationen und Ausschüssen

(Zu diesen beiden Punkten ergibt sich keine Diskussion)

IV. Die Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der internationalen statistischen Arbeit

Für den Bericht über die Mitarbeit in den internationalen Organisationen wird von einigen Beiratsmitgliedern ein starkes Interesse gezeigt.

Der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes bittet zu prüfen, ob nicht über den jährlichen Gesamtüberblick hinaus ein eingehender Bericht über die im Vordergrund der internationalen Arbeit stehenden Fragenkomplexe gegeben werden könnte. In diesem Zusammenhang wird vom Statistischen Bundesamt u.a. auf einen in Vorbereitung befindlichen Bericht über die bisherigen Arbeiten der Europäischen Statistikerkonferenz hingewiesen.

Der Vertreter der Deutschen Bundesbank erkundigt sich nach dem Fortgang der Arbeiten zum Problem der Saisonbereinigung statistischer Reihen. Auch der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft zeigt hieran Interesse und hebt bei aller Anerkennung der schwierigen Problematik die Bedeutung solcher

Untersuchungen für die mit der Analyse statistischer Ergebnisse befaßten Stellen hervor. Der Vorsitzende teilt hierzu mit, daß die Europäische Statistikerkonferenz beschlossen hat, den Gedankenaustausch über dieses Thema auf schriftlichem Wege fortzusetzen. Das Statistische Bundesamt sammelt zunächst einmal laufend die Tatbestände, die auf die wirtschaftlichen Vorgänge Einfluß haben können. Eine Zusammenstellung dieser Tatbestände („Wirtschaftskalender“) ist bisher noch nicht veröffentlicht worden, jedoch wird bei der Veröffentlichung von

Zahlen jeweils auf saisonale und andere Einflüsse hingewiesen. Der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung äußert unter Bezugnahme auf den Bericht über die 5. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker den Wunsch, daß die Beratungen in den wichtigeren internationalen statistischen Gremien auch einmal auf einer besonderen Tagung behandelt werden. Es wird angenommen, daß hierbei Material zur Frage der internationalen Vergleichbarkeit von statistischen Ergebnissen und damit wichtige Grundlagen für zwischenstaatliche Vereinbarungen gewonnen werden können. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß der Bericht der Statistikerkonferenz nicht überschätzt werden darf. Die Fachressorts sind doch in den maßgeblichen Ausschüssen selbst vertreten, so daß eine weitergehende Information durch die Statistikerkonferenz, die doch nur einen zusammenfassenden Überblick geben will, kaum möglich ist. Die eigentliche Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit auf statistischem Gebiet liegt in dem gründlichen Erfahrungsaustausch. Die Tagungsergebnisse der verschiedenen Gremien werden im allgemeinen in den jeweiligen Fachausschüssen des Beirats erörtert.

Zu der vom Leiter des Statistischen Amtes des Saarlandes aufgeworfenen Frage der Vertretung dieses Amtes in den statistischen Ausschüssen der Hohen Behörde der Gemeinschaft für Kohle und Stahl teilt der Vorsitzende mit, daß das Saarland als Teil der Bundesrepublik in diesen Gremien durch das Statistische Bundesamt vertreten wird. Diese Frage ist mit den politisch zuständigen Stellen abgestimmt worden.

D. Berichte der Abteilungen über ihr Arbeitsgebiet

I. Allgemeine Organisation der Statistik

In der Frage des Einsatzes von Großrechenanlagen sind seit Abfassung des Amtsberichts weitere Untersuchungen angestellt worden. Es ist damit zu rechnen, daß etwa in einem halben Jahr ein abschließender Bericht gegeben werden kann.

Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes schlägt vor, daß den Beiratsmitgliedern in einer besonderen Zusammenkunft

die Möglichkeit gegeben wird, weitere Einzelheiten über die Arbeitsweise und die Einsatzmöglichkeiten solcher Anlagen zu erfahren. Diese Anregung wird allgemein unterstützt. Das Statistische Bundesamt stimmt dem Vorschlag zu und stellt eine Einladung für die Zeit nach der Sommerpause in Aussicht.

II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, allgemeine fachliche Koordinierung

Das Statistische Bundesamt gibt in Ergänzung zum Amtsbericht einige genauere Termine bekannt. Die weiteren Angaben der Verteilungsrechnung (über das Erwerbs- und Vermögenseinkommen des Staates, über das unverteilte Einkommen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und über das Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) erscheinen bereits in „Wirtschaft und Statistik“, Heft 4, 1958. Die Berechnung von Halbjahres- und ggf. Vierteljahreszahlen für das Sozialprodukt muß wegen anderer, vordringlicherer Arbeiten (Einbau der Ergebnisse der Erhebung über die Nettoleistung in der Industrie, der Handwerkszählung usw. in die Sozialproduktsberechnung, weitere Aufteilung der Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts) noch etwas zurückgestellt werden. Die Veröffentlichung der kurzfristigen Zahlen wird nicht vor dem Frühjahr 1959 möglich sein.

Über die vorgesehenen Kostenstrukturerhebungen werden Mitte Mai weitere Besprechungen mit den hauptbeteiligten Stellen geführt werden. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat aus technischen Gründen vorgeschlagen, die Erhebungen in den einzelnen Bereichen alle 4 Jahre statt, wie bisher vorgesehen, alle 5 Jahre zu wiederholen. Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes empfiehlt unter Hinweis auf mögliche konjunkturpolitische Anforderungen, im Gesetzentwurf eine Regelung vorzusehen, die Befragungen mit niedrigerer Repräsentationsquote in kürzeren Zeitabständen ermöglicht. Dieses wichtige Instrument der Konjunkturbeobachtung sollte überhaupt so beweglich wie nur irgend möglich gestaltet werden.

Seitens des Statistischen Bundesamtes wird entgegengehalten, daß die vorgesehene Stichprobenquote ohnehin schon niedrig ist und kaum verringert werden kann. Außerdem gibt es noch einige andere Wege für die kurzfristige Beobachtung wichti-

ger Kostenelemente. Es wurde klargestellt, daß der 4-jährige Turnus nur als Regel gelten soll, daß aber im Bedarfsfall die Reihenfolge der Bereiche geändert werden kann. Damit wäre es möglich, für den einzelnen Bereich die Zeitabstände zwischen den Erhebungen zu variieren.

III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

Vom Statistischen Bundesamt wird über den Stand der Beratungen des neuen Gesetzentwurfs über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung berichtet. Der Leiter des Statistischen Landesamtes Berlin nimmt zu der gegenwärtigen Fassung dieses Gesetzentwurfs Stellung und erwähnt, daß bei der jetzt vorgesehenen Regelung, nach der die Bodenbenutzungserhebung in den Stadtstaaten nicht - wie gefordert - jährlich, sondern nur in größeren Zeitabständen total durchzuführen ist, keine Bezugswahlen für die Ernteschätzungen mehr vorhanden seien. Bei dem raschen Anwachsen der Gemüseanbauflächen sei das besonders bedenklich. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß das Land Berlin doch die Möglichkeit hat, die Erhebungen entsprechend seinen Bedürfnissen durchzuführen.

IV. Industrie- und Handwerksstatistik

Das Statistische Bundesamt teilt mit, daß der Bundesrat der Rechtsverordnung über die Statistik in der öffentlichen Wasserversorgung und im öffentlichen Abwasserwesen zugestimmt hat. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft gibt hierzu bekannt, daß sich Bayern dem bundeseinheitlichen Programm nicht anschließt, sondern durch seine oberste Baubehörde eine weit umfangreichere Statistik durchführen läßt. Auch in Nordrhein-Westfalen seien Wünsche nach größerer Ausführlichkeit vorhanden.

Ferner wird die im Bericht des Statistischen Bundesamtes gegebene Darstellung über die weiteren Pläne zur regionalen Gliederung der Ergebnisse der Industrieberichterstattung ergänzt. Zur Frage der Sonderaufbereitung des produktionsstatistischen Materials nach Unternehmen wird kurz auf den Austausch von Unterlagen zwischen den Bundesländern zur Darstellung der über die Ländergrenzen hinausgehenden Unternehmen eingegangen.

Gegenüber der an anderer Stelle behandelten erhöhten Arbeitsbelastung der Statistischen Landesämter wird auf Entlastungen im Bereich der Industriestatistik hingewiesen, die sich dadurch ergeben haben, daß die Zusatzerhebung zum Industriebericht im Jahre 1957 ausgesetzt wurde und der Produktionsbericht - Ausgabe Handwerk - entfallen ist.

Der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie regt für mittelstandspolitische Zwecke die Wiederaufnahme der Frage nach dem Umsatz im Industriebericht für Kleinbetriebe an.

Zur Frage des Leiters des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz nach dem Zeitpunkt für eine Umbasierung des Produktionsindex auf die Basis 1954 wird als frühester Zeitpunkt Ende 1958 genannt. Dieser Index soll weiterhin arbeitstäglich berechnet werden. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft bittet um Mitteilung, wieweit die Vorbereitungen zu einer abschließenden Berechnung des Produktionsindex für die Verbrauchsgüter vorangekommen sind und wann mit der Veröffentlichung gerechnet werden kann. Der Vorsitzende teilt hierzu mit, daß über einige Fragen noch Klarheit geschaffen werden muß. Das Statistische Bundesamt bittet erneut um eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Wirtschaft als der auftraggebenden Stelle zu dem schon vor längerer Zeit übersandten Aufsatz über die methodischen Vorfragen dieser Berechnungen.

V. Handels- und Verkehrsstatistik

Zu den Arbeiten dieser Abteilung wird ergänzend mitgeteilt, daß die vorgesehene Repräsentativstatistik über die Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge im Jahre 1957 nicht die Unterstützung des Bundesrechnungshofes gefunden hat und deshalb auch für dieses Jahr wieder fallen gelassen werden muß.

VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik

Das Statistische Bundesamt weist auf die Beratungen des Gesetzentwurfs über die Preisstatistik, die z.Z. in den Bundestagsausschüssen geführt werden, und auf weitere Arbeiten und Anforderungen auf dem Gebiete der Preisstatistik hin.

Die Aufbereitung der Wirtschaftsrechnungen für die Montan-Union

konnte inzwischen abgeschlossen werden. Der Entwurf eines Gesetzes, das sowohl die vorgesehene allgemeine Einkommens- und Verbrauchserhebung als auch die laufenden Wirtschaftsrechnungen regeln soll, wird dem Bundesministerium für Wirtschaft demnächst vorgelegt werden.

Zur Lohnstatistik wird die im Jahre 1958 beginnende Neuberechnung eines Index mit konstanten Gewichten für Arbeiterverdienste und die im Rahmen des Teils III der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1957 durchzuführende Erhebung über die Sonntagsarbeit in Industrie, Baugewerbe, Handel, Geld- und Versicherungswesen erwähnt. Bei dieser Erhebung handelt es sich um ein nach Umfang und Kostenverursachung geringfügiges, in methodischer Hinsicht aber recht schwieriges Vorhaben.

Zur Aufbereitung der Wohnungsstatistik 1956 wird berichtet, daß die Tabellen der 10 vH-Erhebung nur unter erheblichen Terminverzögerungen an das Statistische Bundesamt abgeliefert werden. Der Leiter des Statistischen Landesamtes Berlin führt diese Verspätungen auf die z.T. kreisweise erfolgende Aufbereitung zurück, auf die seitens der Konsumenten gedrängt wird. Zur Beschleunigung der Arbeiten wird die Frage aufgeworfen, ob auf die Abstimmung der Kreistabellen verzichtet werden kann und ob es möglich ist, das Lieferprogramm für Kreistabellen einzuschränken. Das Statistische Bundesamt wird diese Frage prüfen und die Statistischen Landesämter hierüber umgehend unterrichten.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft erkundigt sich nach den Vorarbeiten zur allgemeinen Einkommens- und Verbrauchserhebung, für die dieses Ressort schon vor längerer Zeit um die Schaffung von Unterlagen gebeten hat. Seitens des Statistischen Bundesamtes wird auf die besonderen methodischen Schwierigkeiten des Vorhabens hingewiesen. Besonders erschwerend hat sich das Fehlen von Unterlagen zur Beurteilung der Frage ausgewirkt, wie ein repräsentativer Querschnitt für die verschiedenen Haushaltstypen und Verbraucherschichten gefunden werden kann. Für die Weiterentwicklung der Überlegungen ist zunächst eine erste Beratung im Fachausschuß vorgesehen.

VIII Um zu vermeiden, daß die Rechtsgrundlage zu spät vorliegt, sollte der Gesetzentwurf keine zu weit gehenden Einzelheiten

enthalten.

Seitens einiger Teilnehmer wird der Wunsch geäußert, daß die Indexziffern des Statistischen Bundesamtes unter Angabe von Kommastellen mitgeteilt werden. Das Statistische Bundesamt begründet das bei Veröffentlichungen geübte Verfahren der Abrundung auf volle Einerstellen. Interessenten, die für weitere Berechnungen genauere Angaben benötigen, sollen jedoch auf Wunsch auch Kommastellen mitgeteilt werden.

VII. Finanz- und Steuerstatistik

Das Statistische Bundesamt nimmt nochmals zu der ab 1. April wirksam werdenden Steuerbefreiung der organschaftlichen Innenumsätze Stellung. Um zu vermeiden, daß die Umsatzsteuerstatistik dadurch gefährdet wird, sollen die Organgesellschaften einmal jährlich in einer ergänzenden Befragung um Angaben über die Innen- und Außenumsätze, gegliedert nach Organschaftsteilen, gebeten werden. Der Vorsitzende zeigt die Konsequenzen auf, die sich für die statistischen Arbeiten am Gesamtbild der Wirtschaft aus solchen Einbrüchen in das bisherige System der Umsatzbesteuerung ergeben. Durch diese Überlegung kann und soll selbstverständlich eine vom Politiker geforderte Steuerreform nicht aufgehalten werden; es wird aber gebeten, die Bemühungen des Statistischen Bundesamtes um Ersatzlösungen zu unterstützen. Der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie will sich bei den Mitgliedsfirmen für die freiwillige Teilnahme an dieser Berichterstattung einsetzen.

Zur Vorbereitung einer Gewerbesteuerreform soll eine Gewerbesteuerstatistik durchgeführt werden. Wegen der großen Bedeutung dieses Vorhabens, nicht nur als Grundlage für die Steuergesetzgebung, sondern auch als ein wichtiges Instrument zur statistischen Durchleuchtung der gewerblichen Wirtschaft, werden die Statistischen Landesämter um die baldige Prüfung der Frage gebeten, wie die Durchführung kapazitätsmäßig sichergestellt werden kann. Die übrigen Beiratsmitglieder werden ebenfalls um ihre Unterstützung für das Zustandekommen dieser Statistik ersucht.

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

Zum Bericht des Statistischen Bundesamtes wird nachgetragen,

daß die Verwaltungsanordnung für die Ausländerstatistik nunmehr vorliegt. Die Kostenregelung sieht vor, daß die Statistik mit den vorhandenen Mitteln durchgeführt werden soll; es wird noch geprüft, ob das möglich ist.

Vom Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird eine Diskussion über die an den Ergebnissen der Bevölkerungsfeststellung der Wohnungsstatistik 1956 gegenüber den Zahlen der Bevölkerungsfortschreibung festgestellten Differenzen und über die Art ihrer Berücksichtigung in den bevölkerungsstatistischen Veröffentlichungen angeregt. Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes bezeichnet die rückwirkende Korrektur der Gesamtbevölkerungszahlen als sehr bedenklich und beanstandet vor allem, daß die Einheitlichkeit der Volkszählungsergebnisse 1950 beeinträchtigt worden ist. Der Vorsitzende führt unter Hinweis auf die bereits in „Wirtschaft und Statistik“, Heft 9, 1957 dargelegte Begründung dagegen aus, daß von den drei Statistiken (Volks- und Berufszählung 1950, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Wohnungsstatistik 1956) die Zahlen 1956 zweifellos die zuverlässigsten Ergebnisse darstellen. Es war also durchaus vertretbar, von diesen im übrigen auch aktuelleren Zahlen auszugehen und die früheren Gesamtergebnisse zu berichtigen.

Der Vorsitzende schließt die Tagung und dankt den Beiratsmitgliedern für die diesmal besonders rege Beteiligung an der Diskussion.